

Abo Thuner Stadtrat genehmigt Gegenvorschlag

Die Wohninitiative ist vom Tisch

Sämtliche Fraktionen lobten den Gegenvorschlag zur Wohninitiative, am Schluss wurde er einstimmig angenommen.



Barbara Donski

Publiziert: 13.06.2024, 21:05



Wohnen bewegt die Gemüter. Gerade auch in Thun, wo die Leerwohnungsziffer seit Jahren äusserst tief ist. Insbesondere bezahlbare Wohnungen sind in der Stadt ein rares Gut. Dass Handlungsbedarf besteht, darüber waren sich am Donnerstagabend sämtliche Mitglieder des Stadtrats einig, als es um die Thuner Wohninitiative und den entsprechenden Gegenvorschlag des Gemeinderats ging.

Sämtliche Fraktionen von rechts bis links lobten den Gegenvorschlag und empfahlen diesen zur Annahme. Dieser sieht anstelle der in der Initiative geforderten 15 Prozent die absolute Zahl von 1000 gemeinnütziger Wohnungen vor, die bis im Jahr 2045 gebaut oder zumindest geplant sein sollen.

Im Gegensatz zur Forderung der Initiative sei dieses Ziel realistisch, meinte Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP), da auf diesen Zeitpunkt hin viele Bauverträge mit Wohnbaugenossenschaften auslaufen würden.

«Die Initiative hätte es gar nicht gebraucht»

Wie Stadtrat Peter Aegerter (SVP) waren die Stadträtinnen und Stadträte des Lobes voll für das Vorgehen der Stadt, die im Vorfeld mit dem Initiativkomitee verhandelt hatte und in den vergangenen Jahren ganz grundsätzlich Beharrlichkeit in Sachen gemeinnütziger Wohnungsbau bewiesen habe: «Der Gegenvorschlag ist die logische Entwicklung dieser Politik», meinte Aegerter. «So gesehen, hätte es die völlig überrissene Initiative gar nicht gebraucht.»

Adrian Christen (SP), der als Mitglied des Initiativkomitees von «harten, aber fairen» Verhandlungen mit der Stadt sprach, kündigte schliesslich den direkten Rückzug der Wohninitiative an, sollte der Stadtrat den Gegenvorschlag unverändert annehmen: «Wir haben festgestellt, dass wir gemeinsame Ziele verfolgen», bestätigte Christen bereits früher geäusserte Ankündigungen. So mache sowohl die absolute Zahl als auch der auf zehn Jahre später angesetzte Termin zur Erreichung des Ziels Sinn.

«Doch nicht nur der Gemeinderat, sondern auch die Wohnbaugenossenschaften werden in Zukunft bei der Umsetzung gefordert sein», meinte Christen. Dazu sei auch eine Professionalisierung der Genossenschaften nötig, beispielsweise in Form von Fusionen.

Rückzugsschreiben an Gemeinderat überreicht

Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) bezeichnete die Vorarbeit und die im Gespräch gefundene Kompromisslösung abschliessend «als Musterbeispiel für die gute Thuner Politikultur». Dass man auf guten Wegen sei, zeige auch das deutliche Abstimmungsresultat für die geplante Freistatt-Überbauung vom vergangenen Wochenende. Lanz schloss seine Ausführungen mit der Hoffnung, dass «wir heute einen Meilenstein in der Angelegenheit setzen können».

Diesem Aufruf leistete der Stadtrat Folge: Er nahm den Gegenvorschlag des Gemeinderats einstimmig an und beauftragte diesen mit der Ausführung des Beschlusses. Adrian Christen zog die Initiative wie angekündigt zurück, indem er dem Gemeinderat ein vom Komitee unterzeichnetes Rückzugsschreiben überreichte. Eine Abstimmung über die Initiative wurde damit obsolet.